

Rede zum 1. Mai in Marburg  
**Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit:**

Liebe Kolleg\*innen,

das Motto dieses 1. Mai gefällt mir gut. Es wird umso besser wenn es über diesen 1. Mai hinausweist und von allen als Auftrag und als Programm begriffen wird.

Solidarität ist die Grundvoraussetzung für eine gerechte Gesellschaft in der alle teilhaben können und nicht Einzelne auf dem Rücken der Vielen etwas erreichen. Vielfalt ist in unserer Gesellschaft eine Tatsache, auch wenn sie den rechten Schreihälsen der AfD und auch Teilen der Konservativen nicht passt. Deshalb müssen wir diese Vielfalt jeden Tag verteidigen. Gerechtigkeit wird zwar immer wieder gepredigt. Sie existiert aber nicht. Nicht national, nicht europäisch und schon gar nicht global. Wenn wir sie wollen, werden dafür kämpfen müssen. Wie schon immer in der Geschichte.

Und dann werden wir die Verhältnisse benennen müssen. Die gesellschaftlichen Verwerfungen aufzeigen, die uns der neoliberale Kapitalismus beschert hat. Grenzen des Wachstums, Krise der Reproduktion, ökologische Verheerungen, soziale Krisen weltweit, Kulturkämpfe, Geflüchtetenbewegung, Rechtspopulismus und Demokratiedefizite. Nur wenn wir uns das immer wieder klar und klar benennen können wir einen politischen Wechsel, einen Aufbruch im Sinne von Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit auf den Weg bringen.

Unter Gerechtigkeit muss in allererster Linie die Verteilung von Reichtum und Armut Gegenstand der Debatte und der Auseinandersetzung sein.

Die 8 reichsten Männer dieser Erde besitzen .45% des globalen Reichtums. Demgegenüber steht zunehmende Armut, Ausbeutungsverhältnisse, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Wenn die Forderung nach Gerechtigkeit keine Phrase bleiben soll muss es darum gehen den Reichtum der kapitalistischen Gesellschaften gerecht zu verteilen. Dazu gehören gerechte Steuern und viel höhere Löhne in Deutschland. Hier hat Verdi einen Anfang gemacht. Aber das kann nur ein Einstieg sein, nach Jahren von sinkenden Reallöhnen. Zur Gerechtigkeit gehört das Ende der prekären Beschäftigung, der Zugang zur Daseinsvorsorge: Also die beste Bildung für alle, Zugang zur Gesundheit – und Pflege, bezahlbarer Wohnraum, Zugang zu Infrastruktur, bezahlbare Energie. Darauf haben wir alle ein Recht und deshalb gehört diese Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand und nicht privatisiert.

Aber auch die globalen Fragen nach den ökologischen, sozialen und kulturellen Verhältnissen müssen neu aufgerufen werden. Auch darum muss der Kampf, die Auseinandersetzung gehen. Wir brauchen einen sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft, wenn wir verhindern wollen, dass die Verteilungskämpf gewalttätig werden.

Der hessische Ministerpräsident Bouffier hat letzte Woche in der Landtagsdebatte seinen speziellen Beitrag zum 1. Mai geleistet. Er hat gesagt, „vergessen sie den Klassenkampf“.

Ja - das hätten die Konservative gerne.

Ich kann darauf nur antworten:

Ich kann mich gut erinnern, wie die CDU Studiengebühren eingeführt hat, um Arbeiter\*innenkindern vom Studium fern zu halten.

Ich kann mich gut daran erinnern, dass die CDU Regierung aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgetreten ist. Ich kann mich gut erinnern, dass sie Kliniken und damit die Gesundheitsvorsorge privatisiert hat.

Ich finde in meinem Kurzzeitgedächtnis die unsäglichen Äußerungen des Bundesministers Spahn, der meint, mit Hartz IV könne man doch gut leben. Einer der monatlich locker mit 15.000 € auskommen darf.

Wer solche Politik durchsetzt oder fordert, der betreibt das, was er angeblich vergessen will-nämlich Klassenkampf - von oben.

Warren Buffet einer der reichsten Menschen dieses Globus, weiß das. Er sagte den mittlerweile sehr bekannten Satz:

„There`s class warfare, all right, but it`s my class, the rich class, that`s making war-and we`re winning“. (Es gibt Klassenkampf. Aber es ist meine Klasse, die Reichen, die diesen Kampf führen. Und wir gewinnen.)

Das sagte er nicht zynisch, sondern mit Sorge. Weil er zumindest erkennt, dass die Gier nach Reichtum Gefahren mit sich bringt. Dass der Klassenkampf von oben geführt wird, und die Verelendung unten zunimmt.

Wer die Augen auf hat und sie nicht verschließt weiß, dass die Fluchtbewegungen, die ökologischen Krisen, die regionalen und internationalen Konflikte und Kriege sehr wohl etwas mit Klassenkampf und sozialer Gerechtigkeit zu tun haben.

Und wer diese Herausforderung nicht aktiv aufnimmt, hat die Schärfe und Dynamik der Auseinandersetzung verkannt.

Ich erwarte von den Gewerkschaften und den progressiven Parteien und von uns allen, denn ohne den Druck aus der Zivilgesellschaft, wird es auch nicht gehen, dass sie diese Auseinandersetzung in aller Härte führen.

Denn wenn wir ihn nicht führen, führen ihn die Rattenfänger von rechts. Dass die AfD bei Betriebsratswahlen kandidiert, dass sie neuerdings bei Demonstrationen mitläuft, ist kein Zufall.

Der französische Philosoph Eribon hat diese Gefahr in seinem Bestseller „Rückkehr nach Reims“ beschrieben. Er sagt: „Wer die eigene Klasse nicht vertritt, treibt sie in die Arme der Rechtsextremen, der rechten Populisten und Hassprediger!“

Solidarität entsteht im gemeinsamen Aufbegehren gegen diese Verhältnisse, gegen Unterdrückung, für höhere Löhne und eine gerechte Gesellschaft. Wer sie nicht nur in Sonntagsreden bemüht, muss auch dafür kämpfen.

Kolleginnen und Kollegen,

Vielfalt verteidigen heißt, gegen jede Form des Rechtsextremismus, Rassismus, des Antisemitismus und Sexismus auch im Alltag Haltung zu beziehen.

Wir erleben nun schon seit längerer Zeit, dass Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus wieder tabulos vertreten werden. Oft als Ressentiments im Alltag aber zunehmend gewalttätig und brutal.

Der wiederauflebende Rassismus und Antisemitismus in diesem Land ist eine Schande!

Hier gibt es keinen Diskurs mit Brunnenvergiftern. In Deutschland müssen Bürger\*innen jüdischen Glaubens, Menschen mit anderer Hautfarbe oder Nationalität sicher sein. Deshalb muss der demokratische Rechtsstaat seine Bürger\*innen schützen: egal welchen Glaubens oder welcher Nationalität.

Das ist bei dieser Frage links und demokratisch, liebe Kolleg\*innen.

Der verdeckte und offene Rassismus ist Teil eines horizontalen Klassenkampfes. Arme gegen noch Ärmere. Niedriglöhner gegen Prekär Beschäftigte, Wohnungssuchende gegen Flüchtlinge. Hier wird aufgehetzt, um die tatsächlichen Verhältnisse zu verschleiern. Wir müssen diese Hetze aufdecken und solidarisch dagegenhalten.

Dafür müssen wir aber auf der progressiven Seite dieser Gesellschaft solidarisch bleiben und selbst nicht auseinanderdividieren lassen.

Das gilt auch für ein solidarisches Europa. Wie kann es sein, dass mit der Austeritätspolitik, dem Spardiktat für die armen Länder, die Menschen dort in schiere Verzweiflung gestürzt werden. Mit einer Jugendarbeitslosigkeit, die unabsehbare Folgen haben wird. Und dann noch jammern, wenn sich in ganz Europa die rechtsextremen Parteien auf dem Vormarsch befinden. Wir haben im nächsten Jahr Europawahlen. Wenn wir nicht bald Signale setzen für eine andere europäische Politik, könnte das nächste Europaparlament eine unangenehme Zusammensetzung haben.

Der Auftrag ist doch eindeutig: Schließt diese Steueroasen, besteuert die globalen Player und macht euch dabei nicht lächerlich, Investiert wieder in die Infrastruktur, setzt soziale Standards für ganz Europa. Sanktioniert die Länder, die die freie Meinungsäußerung und die freien Medien unterdrücken. Geht endlich human mit den Geflüchteten um.

Was diese Gesellschaft braucht, sind international kämpfende Gewerkschaften, die Mindest- und Tariflöhne durchsetzen, mit denen Wohnen und Leben möglich sind. Was wir brauchen sind progressive Parteien, die sich wagen, gesellschaftliche Ungleichheit nicht nur verbal zu thematisieren, sondern konkret abzubauen.

Was wir brauchen ist Zeit um uns an der Arbeit für Demokratie zu beteiligen. Die Arbeitszeit verkürzen und nicht verlängern damit Menschen auch Zeit haben, sich an der Demokratie aktiv zu beteiligen. Wer kann denn noch Politik machen, wenn sie Lohnarbeit, Kinderbetreuung, Pflege und den Alltag unter einen Hut bringen müssen. Gewerkschaften, die die Rechte der Arbeiter\*innen in Betrieben schützen und die Mitarbeiter\*innen und nicht nur die Bosse am Produktivvermögen beteiligen. Die Mitbestimmung wieder zu einem starken Instrument der betrieblichen Mitsprache machen. Wir haben doch Beispiele wie es ausgeht, wenn wir das nicht begreifen: Opel

hat durch den Zusammenschluss mit PSA ein Umsatzplus von 42% erwirtschaftet. Der Chef von PSA bekommt dafür einen Bonus von 1 Mio. Euro.

Aber: es werden Leute entlassen, vor allem die Leiharbeiter. Dabei haben die Mitarbeiter\*innen durch Verzicht auf Löhne und Zusatzleistungen zum Aufschwung beigetragen.

Was wir brauchen ist eine aufgeklärte und mutige Zivilgesellschaft, die sich laut und deutlich zu Wort meldet und diese Entwicklungen nicht mehr hinnimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir müssen uns wieder wagen über die Verhältnisse hinaus zu denken. Wir müssen im Alltag für unsere Rechte, für ein besseres Leben, für Gerechtigkeit, Vielfalt und Solidarität kämpfen und eintreten. Wir brauchen aber auch wieder den Mut für Utopie. Das Unmögliche fordern, wie es vor 50 Jahren die Studierenden in Europa in ihren Revolten formulierten. Über die Verhältnisse hinausdenken heißt auch sich Gedanken über das gute Leben zu machen. Wie wir und unsere Kinder in Zukunft leben wollen. Wie wir uns den technischen Fortschritt aneignen, wie wir ihn für ein gutes selbstbestimmtes Leben nutzen können. Zum Beispiel mit Arbeitszeitverkürzung. Damit wir auch die Zeit für ein gutes Leben haben und den Fortschritt nicht als Profit den Profiteuren überlassen

Die Zeit ist reif, über Alternativen zu sprechen. Herausforderungen und Krisen bedürfen einer solidarischen Alternative. Dabei müssen wir das Rad gar nicht überall neu erfinden. Es gibt sie, die gesellschaftlichen Debatten über diese Alternativen. Wenn wir einen gesellschaftlichen Wandel wollen, brauchen wir radikale Reformen. Aber Reformen, die die Menschen nicht erschrecken, sondern im Sinne von Willy Brandt zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der meisten Menschen beitragen.

In diesem Sinne will ich mit einem Zitat von Theodor W. Adorno schließen:

„Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen.“

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.